



Presseinformation

Augsburg, 14. Oktober 2012

Bayerischer Ärztetag in Augsburg

Der 71. Bayerische Ärztetag (BÄT) fasste am zweiten und letzten Tag der Arbeitssitzung in Augsburg eine ganze Reihe von Beschlüssen, wie z. B. zu den Themen Organspende, Substitution oder Sepsis.

Organspende

Der 71. Bayerische Ärztetag forderte im Zusammenhang mit dem aktuellen Transplantationssskandal nicht nur eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse, sondern für die Zukunft die strikte Einhaltung der detaillierten Regelungen. Dennoch baten die 180 Delegierten in der Augsburger Kongresshalle um Augenmaß in der öffentlichen Diskussion. Deutschland gehöre zu den Ländern mit der geringsten Bereitschaft zur Organspende. Opfer einer pauschalen Diskreditierung und Kriminalisierung der Transplantationsmedizin seien insbesondere die Patienten, die auf der Warteliste stehen und sterben würden, wenn die Bereitschaft zur Organspende weiter sinke. Viele Transplantationsmediziner in Deutschland hätten Großes für die ihnen anvertrauten Patienten geleistet. Umso mehr nahmen die Delegierten mit Betroffenheit zur Kenntnis, dass in einigen Transplantationszentren Unregelmäßigkeiten bei der Organvergabe aufgetreten sind, was das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Transplantationsmedizin beschädigt habe. Der Bayerische Ärztetag hatte sich wiederholt und intensiv für eine höhere Bereitschaft zur Organspende eingesetzt.

Substitution

Der 71. Bayerische Ärztetag appellierte an alle Verantwortlichen in Politik und Justiz, Ärztinnen und Ärzte, die sich um die Behandlung Opiatabhängiger bemühen, nicht zu kriminalisieren. Die ärztliche Hilfestellung für diese Kranken sei eine der schwierigsten Aufgaben und erfülle zudem die wichtige Funktion, es diesen Patienten zu ermöglichen, durch entsprechende ärztliche Fürsorge entweder erneut eine berufliche Tätigkeit aufnehmen zu können oder weiterhin im beruflichen Leben zu bleiben. Genau dieser Aspekt sei einer der wesentlichen, der dazu beitrage, bei diesen Patienten dafür zu sorgen, dass sie nicht in der Kriminalität landeten. Die Behandlung dieser Patientengruppe sei zeitintensiv und müsse von Rechtsvorschriften begleitet werden, die es ermöglichten, ohne Angst substituieren zu können, wobei im Grundsatz nicht verkannt werde, dass die Regularien zur Gewährleistung der ärztlichen Verantwortbarkeit dieser Therapie notwendig seien. Deshalb seien Politik, Staatsanwaltschaft und Gerichte aufgerufen, sich mit den ärztlichen Experten aus diesem Versorgungsbereich zusammenzusetzen, um für eine rechtlich einwandfreie und ärztlich durch-



Presseinformation

föhrbare Handlungsweise zu sorgen. Die Delegierten baten deshalb alle verantwortliche Stellen, sich der diesbezüglichen Gesprächsbereitschaft betroffener Ärztinnen und Ärzte nicht zu verschließen.

Sepsis

Das Ärzteparlament sagte der Sepsis den Kampf an und rief die Klinikärzte, die niedergelassenen Ärzte und alle an der Notfallrettung Beteiligten in Bayern auf, gemeinsam Konzepte zu entwickeln, um die frühe, auch außerklinische Diagnose, die schnelle Einweisung und die optimale Versorgung an Sepsis Erkrankter zu ermöglichen. In Deutschland sterben jedes Jahr ungefähr 60.000 Menschen an einer Sepsis, das sind 162 Tote pro Tag. Die Sepsis ist damit die dritthäufigste Todesursache nach den chronischen Herzkreislauferkrankungen und dem akuten Herzinfarkt. Durch jede Stunde ohne adäquate Behandlung steige die Sterblichkeit um bis zu 10 Prozent. Die Erkrankung werde dennoch oft viel zu spät erkannt. Die Sepsis sei eine häufige, lebensbedrohliche und zeitkritische Erkrankung. Sie müsse in Hinblick auf Dringlichkeit von Diagnose und Therapie einen vergleichbaren Stellenwert einnehmen, wie der Herzinfarkt und der Schlaganfall.

Pressestelle